Bezugsgebühr:
Vierteljährlich für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung durch unsere Boten sonntags und montagfrüh, an Sonn- und Montagen nur einmal 2 Mk. 50 Pf., durch auswärtige Kommissionäre 3 Mk. bzw. 3 Mk. 50 Pf. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld), im Ausland mit entsprechendem Zuschlage. Nachdruck aller Artikel u. Original-Mitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Kunst-Salon von Emil Richter
Prager Strasse — Prager Strasse
Reiche Auswahl von **Hochzeitsgeschenken** in allen Preislagen.

Anzeigen-Tarif.
Annahme von Ankündigungen bis nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 12 bis ½1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 35 Pfg.; die 2spaltige Zeile auf Textseite 60 Pfg., als Eingesandt Zeile 60 Pfg. In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1spaltige Grundzeile 30 Pfg., auf Privatseite 40 Pfg., 2spaltige Zeile auf Textseite und als Eingesandt 60 Pfg. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter kosten 10 Pfennige.

Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38.

Wettin-Gartenschläuche
sind die besten.
Gummi- und Asbest-Compagnie
Reinhard Stichler & Böttger
Telefon I. 1261. Wettinerstr. 16, nächst dem Tivoli.

Heuschnupfen Neueste Medikation zur Bekämpfung des Heufiebers. Flasche **Rhinitin**
mit Apparat Mk. 4.50. Prospekt gratis. Prompter Versand.
Generaldepot:
Königl. Hofapotheke Dresden u. Pillnitz.

Ferd. Dettmann
Dresden, König Johannstr.
Optisch-mechan. Institut ersten Ranges.
Schul- u. Techniker-Reisszeuge.
Reparaturen von auswärts am selben Tage zurück. Katalog gratis u. franko.

Regenschirme in grösster Auswahl empfiehlt **C. A. Petschke, Wilsdruffer Strasse 17,** Prager Strasse 47, Amalienstrasse 6.

Nr. 155. Spiegel: Innerpolitische Lage in Frankreich. Gesundheitsstand, Gewerbekammer, Schulgesundheitspflege, landw. Genossenschaften, Kunstgewerbeausstellung, Gerichtsverhandlungen. Russische Agrarfrage. | Mutmaßliche Witterung: Warm, heiter. | **Freitag, 8. Juni 1906.**

Die politische Lage in Frankreich.

Die am 1. d. M. eröffnete Tagung der französischen Deputiertenkammer, die zunächst dem Herkommen gemäß bis zum 14. Juli, dem Gedenktage der Revolution, dauern dürfte, steht noch in den Anfängen ihrer parlamentarischen Arbeit; aber in den wenigen, seit dem Abschluß des Wahlkampfes und dem Beginn der Sitzungen im Palais Bourbon vergangenen Tagen haben sich so bemerkenswerte Vorgänge abgespielt oder lassen sich auf Grund gewisser Erscheinungen im politischen Parteileben voraussehen, daß die weitere Entwicklung der Dinge überall mit Spannung verfolgt wird, nicht zum wenigsten in Deutschland, wo man aus den verschiedensten Gründen den nächsten parlamentarischen Verhandlungen, dem getreuen Spiegelbilde der politischen Zustände und Kämpfe bei unseren westlichen Nachbarn, Aufmerksamkeit zu schenken geradezu verpflichtet ist.

Die nächste und wichtigste Frage ist wohl die, welche die Amtsdauer des Kabinetts Sarrien betrifft. Schon daraus, daß sie gestellt und allen anderen Fragen vorangestellt werden muß, läßt sich entnehmen, daß die Hoffnung, das französische Volk dem Wirbel politischer Umtriebe entzogen und in einer so oder so beschaffenen, aber wenigstens bestimmten und dauernd innegehaltenen Richtung fortschreiten zu sehen, auch diesmal wieder unbegründet ist. Von vornherein konnte darüber keine Täuschung möglich sein, daß die Regierung von dem Ergebnis der Wahlen, die sehr wesentliche Aenderungen in der Zusammensetzung der Kammern herbeigeführt haben, nicht gänzlich unberührt bleiben würde. Wenn die radikalen Parteien mit bedeutend gesteigerter Macht aus den Wahlen hervorgegangen und imstande sind, aus eigener Kraft eine Mehrheit zu bilden, wenn ebenso die sozialistischen Elemente durch die Wahlen nach Zahl und Einfluß erheblich gefördert sind, können Rückwirkungen auf das Ministerium Sarrien, in dem noch fünf Mitglieder demokratischer Union, unter ihnen außer Sarrien selbst der Finanzminister Poincaré und der Kriegsminister Etienne, sitzen, auf die Dauer nicht ausbleiben. Angesichts dieser Sachlage ist das eine sicher: in seiner gegenwärtigen Gestalt, in der dem gemäßigt-linksrepublikanischen Element ein unverhältnismäßig großer, nach der letzten Willenskundgebung der Wähler nicht mehr gerechtfertigter Anteil von der Regierung eingeräumt ist, kann das Ministerium Sarrien nicht neben einer Kammer bestehen, in der andere, mehr radikale, in beträchtlichem Umfange auch revolutionäre Grundsätze tonangebend, wenn nicht ausschlaggebend sind. Da aber die ernsten und konfliktsreichen Schwierigkeiten in den ersten Stadien der Kammer-Verhandlungen voraussichtlich noch nicht in voller Größe in die Erscheinung treten werden, ist mit einiger Wahrscheinlichkeit die Lebensdauer des Kabinetts Sarrien bis zum 14. Juli und darüber hinaus bis zum Beginn der Herbsttagung als gesichert zu betrachten.

Die Gefahren, die das ruhige und erfolgreiche Arbeiten der Kammer zu stören drohen, liegen in erster Linie auf parteipolitischem Gebiete. Die Frage, ob der neue Block zu stande kommen und wie er aussehen wird, beschäftigt alle Welt. Sicher ist bis jetzt, daß die geeinigten Sozialisten, 53 an der Zahl, dem Block nicht angehören werden. Sie haben, um ihre Selbständigkeit gegenüber dem bürgerlichen Radikalismus kund zu tun, für die Präsidentschaft und für die Bureaus der Kammer keinen Kandidaten aufgestellt. Eine sogleich nach der Konstituierung der Parlamentsfraktion beschlossene Resolution erklärt, daß der Verband der Sozialisten gleich am Beginn der Legislaturperiode die absolute Unabhängigkeit seiner Politik und seiner Aktion kennzeichnen wolle. Selbstverständlich wird diese Politik den Charakter der zügellosesten Klassenverhetzung tragen. Uebrigens ist durch diese Erklärung nicht ausgeschlossen, daß die Sozialisten mit den Blockparteien in dieser oder jener Frage zusammengehen; das wird geschehen, sobald und so oft die vom Block vertretenen Ideen den Wünschen der revolutionären Partei entsprechen, was praktisch, wie z. B. die Stellung zu den kirchenpolitischen Fragen zeigt, durchaus nicht so selten der Fall sein wird.

Die Bildung einer starken Mehrheit, mit der sich positive Arbeit verrichten und gegen die Widersprüche von rechts und links sicherstellen läßt, muß aber der Regierung sowohl wie den großen Parteien erwünscht sein. Eine Vereinigung aller linksstehenden Gruppen im Combesschen Sinne und in solcher Zuverlässigkeit wie ehedem wird sich wegen des Ausscheidens der geeinigten Sozialisten nicht verwirklichen lassen. Allerdings könnten sich die drei radikalen Parteien, die radikale Linke, die sozialistisch-radikale und die äußerst radikale Linke zu einer Regierungsmehrheit vereinigen, in der auch wie bisher die gemäßigten Linksrepublikaner und die demokratische Union Platz finden könnten. Aber die sozialistisch-radikale Partei hat, wie sie auch schon bei der Stichwahl ganz nach links gestanden hat, ihre Geneigtheit zu einem entschiedenen Zusammengehen mit den extremsten Radikalen zu oft und zu offen betont, als daß ein Block von vorwiegend gemäßigter republikanischer Richtung möglich erschiene. In dem Block werden vielmehr die sozialistischen Radikalen die stärkste Gruppe bilden, sie, die in den weitaus meisten Fällen auf Unterstützung bei den Sozialisten rechnen können, werden auf das politische Programm und auf die schwebenden Vorlagen entscheidenden Einfluß gewinnen. Und damit wäre dann eine neue Quelle der Zerwürfnisse zwischen der Regierung und der Kammer erschlossen. Eine radikal-sozialistische Mehrheit wird ihre eigenen Wege gehen und der Regierung ihren der allgemeinen Wohlfahrt gewiß nicht förderlichen Willen aufzwingen wollen; diese aber will sich nach den Worten des Finanzministers Poincaré niemals dazu herbeilassen, geführt zu werden, anstatt selbst zu führen. Und erst kürzlich wieder hat der Ministerpräsident selbst in Tourcoing der Haltung des Militärs bei der Unterdrückung der Unruhen seine Anerkennung gezollt und damit einen Standpunkt eingenommen, der den antimilitaristischen Gelüsten der radikal-sozialistischen und sozialistischen Parteien direkt zuwiderläuft.

Ebenso wie die Standfestigkeit der Regierung muß sich aber das wie immer geartete Gefüge des Blocks erproben, wenn die Arbeit an den dringenden gesetzgeberischen Aufgaben beginnt. Noch am wenigsten scheint die weitere Durchführung des Trennungsgesetzes Schwierigkeiten zu machen. Denn schon heute kann aus der Tatsache, daß Pius X. die Bischofsversammlung am 30. und 31. Mai, also erst nach Erledigung der Wahlen, stattfinden ließ, geschlossen werden, daß er, ebenso wie die Mehrheit der Bischöfe, dem Willen des französischen Volkes Rechnung tragen wird, das sich mit überwältigender Mehrheit gegen die klerikale Oberhoheit und für die staatliche Autorität der Republik erklärt hat. Gefährliche Hindernisse aber türmen sich auf in den steuer- und sozialpolitischen Aufgaben: in der Forderung einer wachsenden Einkommensteuer, einer Alters-Versorgung der Arbeiter, Steigerung der Wehrkraft, Reform der Kriegsgerichte, Reform der allgemeinen Staatsverwaltung, Verstaatlichung von Eisenbahnen, Verbesserung des Wasserstraßennetzes, Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, endlich in der Forderung einer allgemeinen Amnestie für die wegen Beteiligung an den öffentlichen Unruhen Verurteilten. Das Bedenklichste ist, daß kaum eins dieser Probleme das Kabinett geschlossen hinter sich hat. Und wenn der Arbeitsminister Ruan die Finanzfrage als den Mittelpunkt der ganzen inneren Politik bezeichnet hat — das Defizit beträgt tatsächlich etwa 300 Millionen Francs und erscheint nur durch das sehr fragwürdige Mittel der Ausgabe kurzfristiger Obligationen auf 200 Millionen herabgesetzt —, so ergibt sich daraus die Bedeutung des Umstandes, daß gerade in betreff der Einführung und Ausgestaltung der Einkommensteuer tiefgehende Meinungsverschiedenheiten im Kabinett bestehen. Und dazu der Kampf gegen die antimilitaristische Bewegung, auf deren Umfang wieder die jüngsten Meutereien an Bord des „Admiral Aube" und der „Jeanne d'Arc" ein grelles Licht werfen, und der Kampf gegen den Kollektivismus, der nun, nachdem der Klerikalismus unschädlich gemacht sei, von demokratischer Seite dringend gefordert wird.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß in die verworrenen Verhältnisse erst Klarheit kommen kann, wenn die Radikalsozialisten, die von rechts und links umworben werden, zwischen der demokratischen Union und den geeinigten Sozialisten gewählt haben und wenn die Kabinettsfrage in ansprechender Weise gelöst ist. Solange der Kampf aller gegen alle tobt, bleibt jedenfalls die Möglichkeit bestehen, daß in Frankreich die sozialistisch-revolutionäre Richtung schließlich die Oberhand gewinnt. Mit der Gefahr, daß eine derartige Entwicklung der politischen Verhältnisse die Nachbarstaaten nicht unbeeinflußt läßt, wird dann ernstlich zu rechnen sein.

Neueste Drahtmeldungen vom 7. Juni.

Kaiser Wilhelm in Oesterreich.

Wien. Um 11 Uhr 26 Min. hielt der Zug, in dem sich Kaiser Wilhelm befand, an einer improvisierten Haltestelle bei Korneuburg. Der Kaiser und die Herren der Begleitung stiegen aus, worauf Graf Hans Wilczek den Kaiser begrüßte. Nach kurzem Cercle wurde in einem kaiserlichen Viererzuge die Fahrt nach Schloß Kreuzenstein angetreten. Bei der Zugbrücke wurde der Kaiser von der Familie des Grafen begrüßt. Als der Kaiser den Bannbereich der Burg betrat, wurde auf dem großen Hofe die Kaiserstandarte gehißt. Ein Herren-Quartett intonierte „Heil Dir im Siegerkranz" und zugleich begannen alle Glocken zu läuten. Im Schloßhofe bildeten auf der einen Seite die Arbeiter des Hofes Spalier, auf der anderen standen die Burgnachbarn des Grafen, und zwar Graf Franz Colloredo-Mansfeld, Graf Otto Abensperg und Traun und Graf Karl Schönborn, ferner die Beamten und sonstige Persönlichkeiten. Nach Vorstellung der anwesenden Herren erfolgte ein Rundgang durch das Schloß, der um 1 Uhr durch ein Dejeuner unterbrochen wurde. Während des Mahles konzertierte ein Quartett. Nach der Tafel wurde der Rundgang fortgesetzt. Um 4 Uhr nachmittags verließ Kaiser Wilhelm Kreuzenstein und trat die Fahrt nach Hietzing an.

Budapest. In hiesigen politischen Kreisen findet die auszeichnende Huld des Deutschen Kaisers gegenüber dem Ministerpräsidenten Wekerle große Beachtung. Kaiser Wilhelm beehrte ihn wiederholt mit einer längeren Ansprache und gab persönlich seine Karte bei ihm ab. Die ganze hiesige politische Welt fühlt die Ehrung mit, die gestern dem Ministerpräsidenten Wekerle zu teil wurde, und man erblickt in dieser Ehrung ein beredtes Zeugnis dafür, daß der Deutsche Kaiser Ungarn gegenüber auch heute noch die Gefühle von 1897 unverändert hegt. Ein hervorragender ungarischer Politiker sagte heute, die ungarische Nation fühle sich seit gestern als alte Stütze des deutschen Bündnisses in dieser Monarchie gleichsam wie verjüngt. Hoffentlich seien die Wölkchen scheinbarer Mißverständnisse der letzten Zeit vollständig zerstreut.

Rom. Die Depesche der beiden Kaiser an König Viktor Emanuel hat hier, nachdem ein Teil der Presse der Wiener Entrevue Mißtrauen entgegengebracht hatte, einen vortrefflichen Eindruck gemacht. „Popolo Romano" sagt: Da Italien mehr als je durch Erfahrung von der Notwendigkeit des Dreibundes überzeugt worden sei, werde diese Kundgebung, die ein Beweis für die Aufrichtigkeit der Beziehungen zwischen den drei Alliierten sei, große Befriedigung hervorrufen. — „Vita" sagt: Die Depesche der beiden Kaiser macht Polemiken über die Wiener Reise ein Ende, die nicht mehr als ein Akt der Nichtachtung Italiens interpretiert werden darf. Und zu dieser Interpretation, das muß man gerechterweise anerkennen, hat nicht wenig Kaiser Franz Joseph beigetragen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die „Nordd. Allg. Ztg." bringt folgende offiziöse Kundgebung: „Wir verzeichnen die Meldungen über den Besuch Sr. Majestät in Wien mit lebhafter Befriedigung und schließen daran den Ausdruck herzlichsten Dankes für die Sr. Majestät dem Kaiser und König in Wien bereitete liebenswürdige Aufnahme. Dieser Dank gilt Sr. Majestät dem Kaiser und König Franz Joseph, dem österreichischen Kaiserhause und den Regierungen Oesterreichs und Ungarns, wie der Wiener Bevölkerung und der Presse der beiden Reichshälften, die sich mit Recht erhalten hat, an den Besuch politische Deuteleien zu knüpfen, wie solche der Absicht, die die beiden Herrscher mit der Bekundung ihrer unverbrüchlichen Freundschaft und Bundesgenossenschaft verfolgen, nicht entsprochen haben würden. Eine willkommene Ergänzung der Zwei-Kaiserbegegnung bildet der Telegrammwechsel zwischen ihren Majestäten Kaiser Wilhelm und Kaiser Franz Joseph einerseits und Sr. Majestät König Victor Emanuel anderseits. Das Zusammenstehen der mitteleuropäischen Staaten ist nach wie vor Tatsache. Der Dreibund braucht, um in einem von dem Bedürfnis nach Frieden erfüllten Europa fortzuleben, an seinem Ziele nichts zu ändern, denn diese Ziele waren nie anders als defensiv und auf die Erhaltung des Friedens gerichtet. Die Wiener Kaiserbegegnung ist unter Eindrücken verlaufen, die als neue Bekräftigung der seit Jahrzehnten bewährten Tendenz des Bündnisses, zu gunsten einer ungestörten Entwicklung der Völker zu wachsender Wohlfahrt zu wirken, mit rückhaltloser Genugtuung begrüßt werden können."

Berlin. (Priv.-Tel.) Zu dem Depeschenwechsel zwischen Wien und Rom schreibt die „Vossische Zeitung": „Es steht dahin, ob dieser Depeschenwechsel auf dem Festprogramm gestanden oder einer impulsiven Anregung entsprungen ist. In manchen Kreisen wird er einige Ueberraschung hervorrufen, steht er doch anscheinend im Widerspruch mit der sehr ungleichen Behandlung der marokkanischen Frage durch Oesterreich-Ungarn und Italien. Wenn Italien auf der Konferenz seine Bundestreue ebenso bewiesen hätte wie die habsburgische Monarchie, wodurch rechtfertigte sich dann die Menjardepesche Kaiser Wilhelms an den Grafen Goluchowski? Aber vielleicht hat eben der Umstand, daß man in dieser Kundgebung eine Spitze gegen Italien sah, den Wunsch hervorgerufen, dieser Deutung entgegenzutreten und zu diesem Zwecke dem König Viktor Emanuel einen Gruß zu senden. Dieser Gruß war in sehr herzlichen und warmen Worten abgefaßt und vermied höfische Titulatur. Die Antwort dagegen bewegt sich im hergebrachten Courialstil und wirkt schon dadurch einigermaßen kühl. Der König von Italien spricht auch von „den" beiden Verbündeten, nicht von „seinen" beiden Verbündeten. Er versichert seine Treue und unverbrüchliche Freundschaft, ohne sich, was doch nahegelegen hätte, als den Dritten im Bunde ausdrücklich zu bezeichnen. Mag sein, daß darin keinerlei Absicht liegt, sodaß Viktor Emanuel sich als den treuen Verbündeten der beiden Kaiser ansieht, auch wenn die Antwort diesen Ausdruck nicht enthält; aber es kann nicht fehlen, daß hier und da die Auffassung herrschen wird, die Worte seien mit gutem Bedacht gewählt, einmal, um der Höflichkeit zu genügen, sodann aber, um die Stimmung in Frankreich nicht zu trüben." — Das „Berliner Tageblatt" bemerkt zu dem Depeschenwechsel: „Eine politische Kundgebung von weittragender Bedeutung hat gestern anläßlich der Kaiserbegegnung in Schönbrunn stattgefunden. Die beiden Kaiser haben mit dem Könige von Italien Telegramme ausgewechselt, die vor aller Welt die Festigkeit und Unverbrüchlichkeit des Dreibundes klarstellen. Dieser Depeschenwechsel widerlegt am besten die Behauptung, die freilich kaum einer Widerlegung bedurfte, daß es sich diesmal um eine unpolitische Reise des Kaisers handle; vielmehr ergibt sich daraus, daß es eminent politische Ziele und Aufgaben waren, die ihm die Begegnung mit dem Herrscher der befreundeten und verbündeten Monarchie als notwendig erscheinen ließen." Weiter bemerkt das Blatt: „Es ist nicht daran zu denken, daß die Zwei-Kaiser-Depesche auf eine momentane Anregung hin entsandt worden sei. Sie ist zweifellos nach reiflicher Erwägung abgesandt worden, und gerade deshalb ist sie geeignet, wieder Licht in das Dunkel zu bringen, das bisher über der Dreibundpolitik lagerte. So wenig das Deutsche Reich Ursache hätte, eine Isolierung fürchten zu müssen, so wird es doch überall im Reiche freudig empfunden werden, daß es gelungen ist, den Dreibund in seiner alten Gestalt aufrecht zu erhalten; denn so und nicht anders ist der Depeschenwechsel aufzufassen. Ja, man darf sogar hoffen, daß gerade nach den Dissonanzen der Marokko-Zeit sich die im Dreibunde geeinten Mächte um so enger zusammenschließen werden. Der Dreibund hat eine schwere Krisis glücklich überstanden. Vielleicht darf man darin eine Bürgschaft seiner langen Dauer erblicken." — Die „Tägl. Rundsch." verhält sich gegenüber dem Depeschenwechsel sehr kühl und schreibt

Frische und sterilisierte **Kinder-Milch** (trocken-Fütterung)
Milchkur-Anstalt „Sanitas" R. Winkler, Kgl. Sächs. Hofl., nur Zwickauer Str. 24.